

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Darressalam
26. März 1908.

Er scheint
zweimal
wöchentlich.

Abonnementspreis

Für Darressalam vierteljährlich 4 Duplo, für die übrigen Teile von Deutsch-Ostafrika vierteljährlich einschließlich Porto 6 Duplo. Für Deutschland und sämtliche anderen deutschen Kolonien vierteljährlich 6 Mark. Für sämtliche anderen Länder halbjährlich 14 sh. — Bestellungen auf die D. O. A. Zeitung werden sowohl von der Hauptredaktion in Darressalam (D. O. A.) wie von der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. 89/91 entgegengenommen. — Bei Bestellungen empfiehlt sich der Zusatz: „Zustellung unter Kreuzband direkt von Darressalam,“ da dies der schnellste Expeditionsweg ist. — Im Interesse einer pünktlichen Expedition wird möglichst um Vorausbezahlung der Bezugsgebühren gebeten. Wird ein Abonnement nicht abbestellt, gilt dasselbe bis zum Eintreffen der Abbestellung als stillschweigend erneuert.

Insertionsgebühren

Für die 6-spaltige Zeile 50 Pfennige. Mindestens für ein einmaltiges Inserat 2 Duplo oder 3 Mark. Für Familiennachrichten sowie größere Inseratsaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Die Aufnahme von Inserats- und Abonnementsaufträgen erfolgt sowohl durch die Hauptredaktion in Darressalam wie bei der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. 89/91. Abonnements werden außerdem von sämtlichen Postanstalten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns angenommen. Postzeitungsliste Seite 81. Telegramm-Adresse für Darressalam: Zeitung Darressalam. Telegramm-Adresse für Berlin: Droschke Berlin Alexanderstr.

Jahr-
gang X.

No. 21.

Die Schule für Europäer Kinder in Darressalam wird nach einjähriger Schließung wieder eröffnet.

Bereits am 21. d. Mts. konnten wir eine Berliner Privat-Nachricht veröffentlichen, welche kurz die erfreuliche Nachricht brachte, daß die hiesige Schule für Europäer Kinder, welche am 1. April vorigen Jahres unglücklich geschlossen wurde, in wenigen Tagen wieder eröffnet werden wird. Ohne Kampf ist es dabei nicht abgegangen.

Am 28. Februar wurde in der Budget-Kommission von den Abgeordneten Dr. Arning, Dr. Arendt (Mansfeld), Hagemann, Lattmann, Freiherrn v. Nichte-Hofen-Dammsdorf, Schweickhardt, Dr. Wiemer der folgende Antrag eingebracht:

„Die Kommission wolle beschließen, folgende Resolution anzunehmen: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Schule für Kinder von Europäern in Darressalam unverzüglich wieder eröffnet und dauernd erhalten werde.“

Der Schlußsatz „und dauernd erhalten werde,“ wurde auf Antrag von Dr. Wiemer hinzugefügt.

Erst nach langer Debatte wurde, wie wir von best-unterrichteter Seite hören, die Resolution gegen die Stimmen des Zentrums genehmigt.

Also das so notwendige Institut, nach dem das Bedürfnis stetig wächst, haben wir uns wiedererrungen. Und sicher wird den Herren Dernburg und Rechenberg ein Seufzer der Erleichterung von den Lippen geflohen sein, sich aus dieser schiefer Position mit normaler Würde herausgerettet zu haben.

Es erübrigt sich jetzt, nochmals über gewesene Dinge zu diskutieren.

Jedoch soll nicht unerwähnt bleiben, daß der Staatssekretär recht bald in Dankbarkeit die jetzige Lösung der Dinge als richtig anerkennen wird.

Herr Dernburg, der kluge Finanzmann, wagte alles, um die Anerkennung eines — übrigens ja nicht von ihm begangenen Fehlers — zu verdecken. Er bot Geld. Baares Geld. Denn er regte an, die Mittel, etwa 1200 M. für jeden Schüler, die das Reich für die Regierungsschule aufwenden würde, eventuell zu verwenden, um den Eltern die Erziehung ihrer Kinder in Deutschland zu ermöglichen. Glücklicherweise ist das unterblieben. Er wäre auch in der Konsequenz ein zu böser Fingerschnitt gewesen.

Denn nicht weniger als 18 Kinder sind der neu-eröffnenden Schule angemeldet worden. Und diejenigen, welche bis jetzt ihre Kinder in Deutschland oder hier durch Gouvernanten pp. erziehen ließen, würden das dringende Verlangen spüren, ihre Sprößlinge hier draußen zu haben, um der 1200 Mark Unverfügbung teilhaftig zu werden, mit denen sie ihre Kinder dann billig in Deutschland empormachen lassen würden. 1200 Mark pro Jahr ist ein schönes Geld, und jeder Sterbliche hat nicht soviel davon wie unser Kolonialminister.

Da an irgend welche Bevorzugungen gewisser Eltern nicht zu denken gewesen wäre, hätte die Ausführung des Dernburg'schen Vorschlages recht eigenartig angefallen.

Ein Thema, das sich wunderbar schön bearbeiten ließe. — Aber noch ein Punkt in der Schul-Angelegenheit — allerdings wohl nebensächlich — ist von Interesse für den Deutschen im Auslande, in seinem eigenen Auslande.

Und es giebt hier sicher ebenfalls Deutsche, welche sich ob einer neuen Maßnahme ein wenig von Nationalgefühl wegen schämen.

Das ist die Wahl des Schullokals.

Man ist übereingekommen, „vorläufig“ die lernenden Europäer Kinder in dem früheren Getreidespeicher unterzubringen. Das klingt vielleicht schlimmer, wie es in Wirklichkeit ist. Der Raum ist groß, verhältnismäßig neu und wohl auch lustig genug. Und auch genügend, wenn er wirklich nur als Provisorium gedacht ist oder ein neues Schulgebäude in Aussicht steht.

Daran glaubt man aber nicht so recht. Und hat das wenig erhebende Bewußtsein, daß unsere weißen Kinder in diesem unschönen Raum ihren Wissensdurst stillen

müssen, während die Schwarzen sowie die kein Schulgeld zahlenden, per Niffhaw in die Schule fahrende Besuche die reizende Schulvilla am Gouvernementspark besuchen, welche gesundheitlich und landschaftlich herrlich liegt und aus letzterem Grunde auch den Schönheitsstimm der Kinder zu fördern in hohem Maße geeignet ist.

Sollte da nicht die Bitte gerechtfertigt sein, da ändernd einzugreifen?

Es ist nicht anzunehmen, daß man Einspruch gegen unsern Vorschlag wegen der Wohnverhältnisse der paar schwarzen Kinder machen wird. Daher erübrigt es sich, vorzeitig darauf einzugehen.

Es ist mit Bestimmtheit zu hoffen, daß die vorstehenden Zeilen auf fruchtbaren Boden fallen.

Deutsch-Ostafrika und der Reichstag.*)

Die gegenwärtige Reichstagsession dürfte aller Voraussicht nach für Deutsch-Ostafrika und seine Zukunft von ausschlaggebender Bedeutung werden. Die Aufmerksamkeit aller Kolonie-Interessenten ist auf die in Aussicht stehenden Verhandlungen des Volkshauses am Königsplatz gerichtet, an welchen, im Gegensatz zu früheren Zeiten, die weitesten Kreise auch in Deutschland den regsten Anteil nehmen werden. Wenn im Vorjahre in erster Linie Südwafrika in allen Verhandlungen den breitesten Raum einnahm, so wird diesmal außer allem Zweifel die Sorge für Deutsch-Ostafrikas Entwicklung und Zukunft das Feld beherrschen. In erster Linie werden die in Aussicht stehenden programmatischen Erklärungen der Kolonialregierung und ihres obersten Vertreters mit Spannung erwartet. (Dies ist jetzt bereits geschehen — d. Red.) und allem Anscheine nach zu äußerst lebhaften Auseinandersetzungen führen. Die Sachlage ist seit der letzten Tagung der Volksvertretung in ein neues Stadium getreten, und wir haben zusammen mit dem weitaus größten Teile aller Privat-interessenten in unserer Kolonie leider berechtigter Ursache, der Entwicklung der Dinge mit Sorge entgegenzusehen. Die ausgesprochene Einseitigkeit, mit welcher der Herr Staatssekretär für die Kolonien bei der verflochtenen Deutsch-Ostafrikas sich bemüht hat, eine anscheinend schon vor dem Betreten deutsch-afrikanischen Bodens gefasste Meinung bei allen öffentlichen Kundgebungen festzuhalten, läßt uns Befürchtungen hegen, die mit den Erwartungen, die die weißen Bewohner des Landes an die Anwesenheit des Staatssekretärs in unserer Kolonie knüpften, sicher nicht im Einklang stehen. Wir standen, wie bekannt, der Reise Dernburgs von allem Anfang recht skeptisch gegenüber; daß wir aber direkt gezwungen sein würden, die Interessen der deutschen Privatunternehmungen gegen direkt widerstehende Absichten des Kolonialministers energisch in Schutz nehmen zu müssen, das haben auch wir allerdings nicht erwartet. Das Auftreten Dernburgs im aufgelösten Reichstag hat wohl nirgends eine so zukunftsferne Zustimmung gefunden wie in allen Berufskreisen in der Kolonie. Diese Stimmung ist, seit Dernburg in Ostafrika gewesen ist, man kann wohl sagen, in das Gegenteil umgeschlagen. Wir wollen aber auch hierin der allgemein herrschenden Anschauung nicht folgen, sondern angesichts des Umstandes, als bisher offizielle Erklärungen und Berichte des Chefs der Kolonialregierung über seine erste Reise nach den Kolonien noch nicht vorliegen, einer zuwartenden Haltung das Wort reden. Vankettreden und Vorträge können zunächst nur von rein persönlicher Bedeutung bleiben, allerdings bei der Bedeutung der Person zu symptomatischer Deutung führen. Das Forum, wo ein jedes Wort schwerwiegend in die gesetzgeberische, für das Wohl und Wehe der Kolonie und seine Bewohner bedeutsame Waagschale fällt, ist allein der Reichstag, und dort wird schließlich nicht Dernburgs Wort allein, sondern auch jenes der Wortführer aller kolonialfreundlichen Parteien zu ausgleichendem Gewichtsmasse führen. Wir haben für den Fall, daß Excellenz Dernburg wirklich auf dem in privatschriftlichen Kreisen dargestellten Standpunkt bezüglich des Weges, den die Entwicklung der Kolonie fortan nehmen soll, verbleibt, das feste Vertrauen, daß ihm, sowie aus der Kolonie selbst, auch im Reichstag ein energisches Veto

* Dieser Artikel eines unserer Mitarbeiter ist etwas verspätet hier eingetroffen.

entgegenstellt. Die Zeiten scheinen uns nun doch vorüber, daß die vom Regierungstische ergehenden Beurteilungen der Dinge in der Kolonie eine widerspruchslöse Aufnahme innerhalb der Koloniefreundlichen Mehrheit erfahren, selbst dem selbstbewußten und verdienstvollen ersten Kolonialminister gegenüber. Es sitzen jetzt gottlob mehr und gründlichere Kenner der Kolonie und ihrer wahren Bedürfnisse in dem hohen Hause, und dieser Umstand giebt uns das Vertrauen, daß die Beratungen auf alle Fälle zu einem gedeihlichen Ende für unsere Kolonie und aller ihrer Bewohner führen werden. Die Eisenbahnfrage, deren glückliche Lösung die Vorbedingung einer Entwicklung in jeder Richtung bleibt, hoffen wir in verständnisvollem Einklang sämtlicher Faktoren baldigst gelöst zu sehen. Dafür müßten eigentlich konsequenter Weise selbst die Sozialdemokraten zu haben sein, da sie eine prinzipielle Gegnerschaft mit innerer Berechtigung nicht aufstellen können. Daß von dieser Seite dennoch eine Zustimmung nicht zu erwarten ist, dessen sind wir bei der stereotypen Unlogik, welche dort die leitenden Männer beherrscht, selbstverständlich von vornherein überzeugt. Neuzerte sich doch der Abgeordnete Bebel in der 131. Sitzung des aufgelösten Reichstags wie folgt: „Wenn Sie also zu den fremden Völkern kommen, um ihnen zu helfen, die Schätze ihres Landes, die andere als die unserigen sind, zu heben, dann sind wir damit einverstanden.“ Wir meinen, die zu erbauenden Eisenbahnen seien mehr als alles andere geeignet, in dieser Hinsicht fördernd zu wirken. Demnach dürfte man eine Gegnerschaft von Seiten Bebel's eigentlich nicht erwarten. Die Verhandlungen dürften uns aber wohl auch diesmal in unserem obigen Urteil Recht geben. Nirgends wird der Kampf gegen jede Kolonialpolitik mit größerer sachlicher Unkenntnis und Verständnislosigkeit für die volkswirtschaftlichen Probleme geführt, als von Seiten der künftigen Weltretter. Solange sich diese Herren nicht einmal dazu entschließen können, zum Mindesten einen ihrer Vertreter im Reichstag in persona in die Kolonie zum Studium an Ort und Stelle zu entsenden, geben wir jede Hoffnung auf eine praktisch gute Einflußnahme in kolonialen Dingen von dieser Seite zu erlahmen. Kommen Sie selbst einmal zu uns Herr Bebel, und dann sprechen Sie wieder! Eines guten Empfanges können Sie sich ihrer Verdienste wegen um die Wahrung des kolonialen Interesses in unserem Volke stets versichert halten.

Von Seiten des anderen, größten Teiles der derzeitigen Opposition im Reichstag sind wir einer sachgemäßen Beurteilung der Bahnvollage gewiß, Wenngleich die Ursache der Reichstagsauflösung äußerlich auf kolonialen Gebiete gelegen war, so erwarten wir doch in kolonialen Dingen eine verständnisvolle Mitarbeit des Centrums und mit größten Hoffnungen gerade in dieser Angelegenheit.

Eine Spaltung der Geister dürfte aber im Reichstage erfolgen, sobald die programmatische Festlegung der weiteren allgemeinen Regierungsnormen für Ostafrika geschehen wird, die in dieser Session mit Sicherheit zu erwarten steht. Die Handelskolonie, die Plantagen- und Besiedelungskolonie sind da die Kampfzweie.

Handelskolonie, als Domäne der bekannten, hantwärtigen alten Handelsfirmen mit indisch-asiatischer Ueberfremdung des Landes, mit der sogenannten Eingeborenenkultur als Grundlage. Plantagen- und Besiedelungskolonie, als integrierender Teil des Deutschen Reiches und als faktisches Besitztum des Deutschen Volkes. Für beide Gesichtspunkte von ausschlaggebender Bedeutung bleibt die Frage der Eingeborenbehandlung. Sie wird in ersterer Hinsicht zur Ausnutzung der Eingeborenen ausschließlich für Private und fremde Interessen, in letzterer Hinsicht aber zur Nutzbar-machung der Eingeborenenkräfte für große Ziele der nationalen Volkswirtschaft als Endziel führen. Wir meinen, für Männer mit großen nationalen Gesichtspunkten kann da die Wahl nicht schwer sein. Zur Erlangung einer höheren und besseren lokalen Handelsbilanz zu Gunsten einiger weniger Handelsfirmen in Monopolstellung und zur Bereicherung einer fremden, im Lande nicht einheimischen Menschenrasse, sind alle materiellen Aufwendungen für Deutsch-Ostafrika, einschließlich der Bahnen, tatsächlich ein Millionen-